

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 75 (1983)
Heft: 12: Arbeitszeitverkürzung

Artikel: Begründung zur 40-Stunden-Woche
Autor: Kappeler, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355163>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Begründung zur 40-Stunden-Woche

Beat Kappeler

Sinn der Arbeit

Arbeit ist notwendig, denn mit ihr schafft der Mensch die materiellen Werte, die sein Leben tragen. Seit 200 Jahren hat sich die Herstellung dieser Werte beschleunigt. Seit einigen Jahrzehnten übersteigen sie das zum Überleben Notwendige. Gleichzeitig ist in diesen 200 Jahren der arbeitende Mensch in wachsende Firmen und Betriebe eingegliedert worden. Anstatt mit eigenen arbeitet er mit fremden Werkzeugen für fremde Bedürfnisse. Seine eigenen Bedürfnisse befriedigt er mit Käufen auf dem Markt. Sein Wohlstand, aber auch seine Abhängigkeiten sind gewachsen.

Das Anwachsen der Güterfülle hatte drei Ursachen: Mehr Leute aus der Gesamtbevölkerung arbeiteten, sie arbeiteten mit mehr Werkzeugen und Maschinen, und diese Maschinen wurden immer besser, so dass die Leistung pro Kopf anstieg. Auch die industrielle Disziplin, die persönliche Anspannung aller Kräfte nahm stark zu.

Seit Beginn unseres Jahrhunderts hat sich die Leistung pro Beschäftigten vervielfacht.

Zwischen 1913 und 1931 wurde die Verbesserung des Lebensstandards zur Hälfte durch Lohnerhöhungen, zur andern Hälfte durch Arbeitszeitverkürzungen realisiert. Dies entsprach unter anderem einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung von über 10 Stunden. Seither – also in einem halben Jahrhundert – ist die Arbeitszeit um bloss 4 Wochenstunden verkürzt worden. Trotz Ferienverlängerungen beanspruchten die Lohnerhöhungen zirka 85 Prozent der Verbesserung des Lebensstandards, und nur 15 Prozent entfielen auf vermehrte Freizeit.

Sinn der Freizeit

Trotzdem, in Lebensarbeitszeit ausgedrückt ist dieser Fortschritt erfreulich: Hatte ein Beschäftigter, der sein aktives Leben um 1895 begann, 115 000 Arbeitsstunden vor sich, so dürfte nach heutigen Ansätzen ein 1950 Geborener insgesamt 85 000 Lebensarbeitsstunden abzuleisten haben. Mit diesen Stundenleistungen kann er viel mehr Werte schaffen. Zu diesen Stunden kommen aber neue Verpflichtungen hinzu. Die Arbeitswege sind viel länger geworden.

Die Einkaufswege in vielen Fällen ebenfalls. Die tägliche Arbeitszeit vor allem lässt noch immer wenig Spielraum im Tagesablauf neben dem Essen, Einkaufen, zur Arbeit fahren. Bis man seine Persönlichkeit und Leistungsfähigkeit wieder aufgetankt hat, sind der Tag und seine wenigen freien Stunden um.

Wird diese tägliche Freizeit um eine halbe oder eine ganze Stunde länger, hat dies eine überdurchschnittliche Wirkung, denn wenn man um halb

fünf statt um halb sechs nach Hause kann, gewinnt man Zeit vor dem Abendessen für ein Hobby, für Sport, für die Kinder, die man sonst nicht hat und die nach dem Essen unwiederbringbar ist.

Es gibt zwar verschiedene Formen von Arbeitszeitverkürzung, die auch unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechen (Verkürzung der Lebensarbeitszeit, des Arbeitsjahres, der wöchentlichen oder der täglichen Arbeitszeit). Die Verlängerung der Schulzeit verbessert die Ausgangslage für eine erfolgreiche Berufstätigkeit. Die Herabsetzung des Rentenalters und ein sukzessiver Übergang zum altersbedingten Ausscheiden aus dem Berufsleben kommen denjenigen entgegen, die durch ihre Berufstätigkeit verbraucht sind. Längere Ferien entsprechen dem Bedürfnis nach Abwechslung, Reisen und dem Wunsch nach Zeiten der Unabhängigkeit. Unter all diesen Formen der Arbeitszeitverkürzung bietet jedoch die Gestaltung der wöchentlichen Arbeitszeit die beste Gewähr für die Erhaltung des physischen und psychischen Gleichgewichts im Alltag. Es handelt sich somit nicht darum, Zeiten übertriebener Anforderungen sporadisch mit Freizeit auszugleichen, sondern solchen Zeiten überhaupt vorzubeugen.

Eine verkürzte Arbeitszeit ist auch eine Voraussetzung dafür, Männern und Frauen die Teilung von Aufgaben in der Familie, in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft zu ermöglichen. Die Kindererziehung – inbegriffen Spiel und Unterhaltung – kann mehr als bisher auch eine Angelegenheit der Männer sein.

Die Beteiligung an einem sinnvollen gesellschaftlichen Leben, die Mitwirkung am Aufbau einer gerechteren Demokratie und die gewerkschaftliche Betätigung setzen ebenfalls eine Arbeitszeitverkürzung voraus. Auch für die Übernahme öffentlicher und gewerkschaftlicher Funktionen, zur Aufnahme und Verarbeitung der nötigen Informationen, braucht es vermehrt Freizeit.

Während des ganzen Berufslebens müssen wir uns weiterbilden, immer wieder neue Kenntnisse erwerben. Dazu brauchen wir mehr Freizeit. Wir müssen für berufliche Umstellungen gewappnet sein, wenn Arbeitsplätze infolge des technologischen Fortschritts verschwinden.

Argumente der Gegner – unsere Argumente

«Die Schweizer arbeiten sowieso immer weniger.»

Antwort: In Jahresstunden arbeiten wir Schweizer noch immer viel länger als die anderen Industrienationen (1980):

Schweiz	2068 Stunden (47 Wochen à 44 Std.)
Grossbritannien	1895 Stunden
Frankreich	1860 Stunden
Bundesrepublik	1746 Stunden
Niederlande	1655 Stunden
Schweden	1506 Stunden

Italien	1855 Stunden
Japan	2132 Stunden
USA	1882 Stunden

Die Leistungen während dieser Arbeitszeit machten bei uns Schweizern 1981 in absoluten Werten die höchste Wertsumme, nämlich Fr. 15.17, aus. Die Amerikaner folgen mit Fr. 15.11, die Deutschen mit Fr. 15.03, dann Frankreich mit Fr. 13.87. Die Japaner fallen deutlich ab mit Fr. 9.49 und stehen nur kurz vor der Leistung der Italiener mit Fr. 9.23.

Folgendermassen nahm die Leistungskraft (Produktivität) der schweizerischen Beschäftigten in den letzten zwanzig Jahren zu: In Industrie und Handwerk stieg die Produktivität der Arbeitenden von 1960 bis 1980 um 91,7 Prozent, und wenn man die während dieser Zeitspanne leicht verkürzte Stundenzahl berücksichtigt, sogar um 101 Prozent. Jeder Beschäftigte in der produzierenden Wirtschaft stiess also 1980 fast das Doppelte an Werten aus als zwanzig Jahre vorher, und jedes Jahr nahm seine Leistung durchschnittlich um 3,3 Prozent zu.

Hätten wir diese Mehrleistung statt in mehr Reallohn in zusätzlicher Freizeit bezogen, so hätte unsere Wochenarbeitszeit jährlich um jedesmal eine gute Stunde sinken dürfen. Oder wir hätten Jahr für Jahr eine zusätzliche Woche Ferien beziehen können. Da noch viele Schweizer damals recht wenig verdienten, haben die Gewerkschaften vor allem für bessere Reallöhne gekämpft. Heute geht es sicher noch lange nicht allen glänzend, aber wir haben nun ein Wohlstandsniveau erreicht, von dem aus wieder einige Freizeitschritte wünschbarer als nur mehr Reallohn geworden sind. Die Initiative spricht denn auch davon, die Produktivitätssteigerungen den Beschäftigten in Form zusätzlicher Freizeit zukommen zu lassen.

Wachstum und Arbeitszeitverkürzung:

«Gibt es denn künftig noch Produktivitätssteigerungen, wenn alle vom Ende des Wachstums reden?»

Antwort: Wachstum und Produktivitätssteigerungen sind nicht dasselbe. Wachstum bedeutet, dass die Wirtschaft insgesamt mehr Güter ausstösst und Dienste leistet. Das kann die Folge steigender Leistungskraft – also höherer Produktivität – sein, wenn alle gleich lange weiterarbeiten, aber es kann auch die Folge einer grösseren Zahl Beschäftigter sein. In beiden Fällen müssen auch die in- und ausländischen Märkte im Gleichschritt wachsen, damit die Mehrleistung abgesetzt werden kann. Diese zwei letzteren Bedingungen fehlen künftig wohl eher: Es werden nicht mehr zusätzliche Arbeitskräfte ins Land gelassen werden, um den Ausstoss zu erhöhen, und die Weltwirtschaft wird uns keine Exportsteigerungen im Stil der letzten dreissig Jahre erlauben. Dies bedeutet, dass dem Wachstum engere Grenzen gesetzt sind. Von der Umwelt her kommen zusätzliche Grenzen hinzu: Das Autobahnnetz ist bald fertig, die

Bauzonen sind vielenorts ausgeschöpft, Gifte, Energie und Kunststoffe werden wir weniger verbrauchen als früher.

Aber ein Wachstum nach innen bleibt weiterhin möglich, durch steigende Produktivität nämlich. Die Experten haben herausgefunden, dass die erstaunliche Zunahme der Produktivität, also der Prokopfleistung in Industrie und Handwerk der letzten zwanzig Jahre, vor allem durch die Technik bewirkt wurde.

«Ein grosser, meist überwiegender Teil des Produktivitätszuwachses lässt sich auf den sogenannten technischen Fortschritt zurückführen» («Die Volkswirtschaft», Februar 1982, S. 56). Daneben wurden die Arbeitsplätze und die Infrastruktur mit etwas mehr Kapital ausgestattet, das von den Beschäftigten in den Firmen erarbeitet und nicht durch Lohn bezogen wurde oder andernorts gespart worden war. Um einen Franken zu erarbeiten, waren in Arbeitsplatz und Infrastruktur 1969 etwa Fr. 2.60 und 1980 4 Franken eingesetzt.

Als dritter und massgeblicher Grund der Leistungssteigerung sind die verbesserte Berufsbildung, eine grössere Geschwindigkeit und intensivere Arbeitshaltung auf seiten der Beschäftigten verantwortlich.

Eine künftige Weiterentwicklung der Produktivität ist aus diesen Faktoren, vor allem aber wegen der heute geradezu explodierenden technischen Ausstattung, sicher. Hier gibt es also keine «Grenzen des Wachstums». Diese Grenzen bestehen aber darin, dass man nicht einfach immer mehr produzieren, an Umweltgütern verbrauchen und an Endprodukten verkaufen kann. Es ergibt sich also aus dem weitergehenden technischen Fortschritt und den äusseren Grenzen des Wachstums ebenfalls zwingend eine Umwandlung der Produktivitätssteigerungen in mehr Freizeit bei gleicher Produktion.

Dienstleistungsgesellschaft und Arbeitszeitverkürzung:

«Die Dienstleistungsgesellschaft löst die Arbeitsplatzprobleme schon.»

Antwort: Eine in den letzten zwanzig Jahren neben höherem Reallohn erreichte Nutzung der wirtschaftlichen Leistungssteigerung war die Ausdehnung des Dienstleistungssektors. Der Anteil der Bauern halbierte sich auf 7 Prozent der Beschäftigten, jener der Dienstleistenden stieg von 39 auf 53 Prozent. Die Beschäftigten des zweiten Sektors machen statt 46,5 Prozent noch 39,7 Prozent aus, und im engeren Bereich von «Industrie und Handwerk» sank der Anteil der Leute, die konkrete Werte schaffen, gar von 38 auf noch 32,2 Prozent. Immer mehr Schweizer hantieren mit den Gütern, welche die immer weniger «Produktiven» herstellen. Sie verrechnen, verschieben, verkaufen sie, werben dafür, leisten Dienste im Konsum-, Freizeit- und Hygienebereich. Absolut gesehen wurde jeder fünfte seit 1960 aus der Industrie entlassen und verdient sein Brot jetzt im Dienstleistungssektor. Betrachtet man den Anteil am Lebensbudget aller Einwohner rund um die Uhr, der für die Produktion von Gütern gebraucht wird, so werden heute nur noch etwa 4 Prozent der Zeit für

die materielle Sicherung unseres grossen Wohlstandes gebraucht: Die Hälfte der Schweizer arbeitet in der Wirtschaft, und zwar während eines knappen Viertels der erlebten Jahresstunden, und nur ein Drittel davon in Industrie und Handwerk, was eben 4 Prozent des Zeitbudgets aller Einwohner des Landes beansprucht. Wenn man bedenkt, dass man streng genommen mit der Hälfte der Güter auskäme – und 1960 ausgekommen ist – dann könnten wir heute den materiellen Stand von 1960 in 2 Prozent der verfügbaren Zeit aller Schweizer produzieren.

Selbstverständlich sind nicht alle Dienstleistungen einfach unnötig. Transporte, Verkaufswesen machen die Herstellung erst fruchtbar. Aber viele andere Dienstleistungen haben Handreichungen zu verkaufen begonnen, die wir früher selber besorgten. Ferien- und Freizeitindustrie, Sport- und Körperpflege, Unterhaltung und Beratung leben davon, dass immer mehr Leute diese Handreichungen nicht selber, nicht auf einfache Art tun, sondern einkaufen. Dafür werden Leute angestellt, die wiederum 44 Stunden dafür arbeiten. Die andern brauchen steigende Einkommen, um die Dienste bezahlen zu können. So entstehen laufend neue wirtschaftliche Kreisläufe, die es früher nicht gab, und welche die steigende Produktionsleistung des zweiten Sektors abfangen.

Die Zahl der Bankangestellten und der Advokaten beispielsweise stieg auf über das Doppelte in dieser Zeit, ähnliches geschah mit den Beratern aller Art, mit den Beschäftigten des Gesundheits- und Unterhaltungsektors. Allein für den Zahlungsverkehr geben wir heute über Bank- und andere Spesen gegen 2 Prozent des Volkseinkommens aus! Wir anerkennen die Wichtigkeit verschiedener dieser Dienstleistungen, aber wir möchten für die nächsten zwanzig Jahre diese Entwicklung nicht noch verdoppeln. Wir möchten nicht doppelt so viele Werber bezahlen müssen, wenn sie uns schon heute pro Familie über 1000 Franken im Jahr kosten.

Hinzu kommt, dass Mikroelektronik in einigen Dienstleistungsbereichen einige Produktivitätsfortschritte verspricht. Dies wird dazu führen, dass nicht automatisch wie bisher die in der Industrie Freigesetzten im dritten Sektor neue Arbeitsplätze finden.

Lohnabbau:

«Die Initiative wird zu Lohnabbau führen, man hat das in der Maschinenindustrie gesehen.»

Antwort: Man soll einen Vertrag nicht verallgemeinern, und auch die wirtschaftliche Lage ändert sich immer wieder.

Diese Erfahrung hat aber den SGB veranlasst, doppelt zu nähen, und in der Übergangsbestimmung 3 einen Passus aufzunehmen, welcher den Lohn garantiert. Weil vor zwei Jahren erstmals in der Bundesverfassung eine Lohnklausel in Artikel 4 (Gleichheit von Mann und Frau) eingeführt wurde, welcher direkt vom einzelnen einklagbar ist, konnte dieses Prinzip auch in diesem Falle in unseren Artikel eingefügt werden. Damit kann jemand, dessen Lohn nach einer Arbeitszeitverkürzungs-Stufe ebenfalls

gekürzt wird (bzw. als Stunden- oder Stücklohn nicht angehoben wird), vor Gericht klagen. Diese Klage würde von den Gewerkschaften gestützt und rechtlich abgesichert, sie müsste aber einzeln erfolgen. Wenn aber einige Klagen in der gleichen Sache erfolgen, ist damit auch ein kollektiver Erfolg sicher.

Ebenso entscheidend wie dieses rechtliche Sicherheitsnetz auf Verfassungsebene sind aber auch die dannzumalige wirtschaftliche Lage und die gewerkschaftliche Durchsetzung.

Auch im Metall- und Maschinenbereich ist das letzte Wort über die tatsächliche Lohnentwicklung noch nicht gesprochen. Denn verhandelt wird jährlich neu und dezentralisiert nach Betrieben. Es ist damit wiederum abhängig von der Lage der Betriebe und der gewerkschaftlichen Stärke, wieweit dieses abstrakt im Vertrag erwähnte Kürzungsprinzip überhaupt Anwendung finden wird.

Eventuell: Ist zur Zeit der Verkürzungsschritte gemäss unserem Verfassungstext die Wirtschaftslage tatsächlich derart schlecht, dass man Befürchtungen in der Lohnentwicklung hegen müsste, dann würde aber eine Nichtverkürzung zu Arbeitsplatzproblemen führen und damit zu der teuersten und ungerechtesten Form von Arbeitszeitverkürzung – nämlich zu Arbeitslosigkeit. Wir wählen mit der Initiative daher ganz bewusst die Priorität: Wir wollen und müssen weniger lange arbeiten, und sehen dann gegen das Ende der achtziger Jahre, wie wir konkret das Weitere verhandeln.

Für die Beschäftigten aber ist ein Bezug der Produktivitätssteigerung in zusätzlicher Freizeit auch eine einkommensunabhängige Wohlfahrtsmehrung, weil eine Stunde für alle gleichviel zählt, ob einer 3000 oder 5000 Franken verdient.

Der Stress steigt an:

«Mit 40 Wochenstunden muss das gleiche wie vorher geleistet werden. Der Stress steigt an.»

Antwort: Der Stress ist schon gestiegen und wird durch die Rationalisierungen, teils auch durch neue Produktionsverfahren und -techniken, weiter ansteigen, Arbeitszeitverkürzung hin oder her.

Kein Unternehmer wird wegen unterbliebener Arbeitszeitverkürzung über weniger Stress verfügen. Ein Rationalisierungsschritt wird bestimmt durch das Vorhandensein neuer Apparate und Techniken und durch deren Kosten im Vergleich zu Löhnen und Ausstoss. Dieses Verhältnis verändert sich gegenwärtig gewaltig durch technische Entwicklungen zuungunsten der Löhne und damit der Arbeitsplätze. Die Arbeitszeitverkürzung hat damit nichts zu tun.

Im öffentlichen Bereich wird der Stress durch den fast überall bestehenden Personalstopp (auf Bundesebene schon seit 10 Jahren!) gefördert. Eine sinnvolle Erweiterung des öffentlichen Personalbestandes ist also die Hauptforderung, um den Stress in diesem Bereich zu senken.

Es kann aber auch nicht verkannt werden, dass nicht jede Rationalisierung eine Anhebung in den Anforderungen geistiger oder körperlicher Tätigkeit mit sich bringt. Es haben auch viele echt arbeitssparende und stressmindernde Rationalisierungen stattgefunden. Die Gewerkschaften setzen sich für die Humanisierung des Arbeitsablaufes ein und haben mit Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung ein wichtiges Feld qualitativer Arbeit vor sich.

Es gibt Gesetze, welche der Unternehmerwillkür zur Anhebung von Tempo und Stress Grenzen setzen.

Das Problem soll aber nicht unter den Tisch gewischt werden. Bei Arbeitszeitverkürzungen stellen sich den Gewerkschaften und ihren Vertrauensleuten im Betrieb jedesmal harte Aufgaben: Die Lohn- und Gehaltsordnungen durchsehen, damit keine Einkommenseinbussen entstehen, die Versuche einer Firma, nur durch mehr Anforderungen und höheres Arbeitstempo zu reagieren, kontern, die wohlerworbenen Pausen und Vergünstigungen behaupten. Wenn wir uns dies aber nicht mehr zutrauen, dann kann man sowieso machen mit uns, was man will ...

Arbeitszeitverkürzung als Belastung des Unternehmens:

«Die Arbeitszeitverkürzung belastet das Unternehmen derart, dass seine Kosten durcheinandergeraten. Eine internationale Konkurrenzfähigkeit ist nicht mehr vorhanden.»

Antwort: Diese Argumentation der Unternehmer wird gegen alle gewerkschaftlichen Forderungen, insbesondere gegen Arbeitszeitverkürzungen seit jeher, vorgebracht. Konkrete Beweise fehlen aber dafür immer. Im Gegenteil, die bisherige Entwicklung zeigte jedesmal, wie unbegründet die Befürchtungen dann schliesslich waren.

Die Arbeitszeitverkürzung gilt – gerade weil sie nun auf Verfassungsebene angestrebt wird – für alle Unternehmen gleichzeitig. Sie haben daher alle die gleichen Arbeitskostensteigerungen, und wenn ein Unternehmer behauptet, er könne damit ins Hintertreffen gegenüber der Konkurrenz geraten, dann gibt er zu, dass er weniger gut organisiert ist.

Die internationale Konkurrenzfähigkeit kann gerade in der Arbeitszeitfrage nicht angeführt werden, denn die wichtigsten Konkurrenzländer unter den Industrienationen (ausser evtl. Japan) haben allesamt kürzere Wochen- und Lebensarbeitszeiten als die Schweiz heute. Sogar mit der 40-Stunden-Woche (und erst noch im Jahre 1990) holen wir den Unterschied keineswegs voll auf.

Sogar wenn wir aber einmal genau die gleichen Arbeitszeiten hätten wie das Ausland, verfügt die Schweiz über viel entscheidendere Konkurrenzvorteile als nur Zeitfragen:

Beispielsweise sind unsere Lebenskosten insgesamt (also zusammen mit den Lohnnebenkosten) in internationalen Vergleichen stets nur etwa die sechstgrössten. Die verfügbaren Einkommen dagegen sind tatsächlich in vielen Vergleichen an der Spitze, was daher rührt, dass die Unternehmer

zwar nicht die höchsten Lohngesamtkosten haben in der Schweiz, dass aber wegen des relativ geringen Gewichts der Staats- und Sozialabgaben mehr im Portemonnaie bleibt.

Ferner zählen zu den entscheidenden schweizerischen Konkurrenzvorteilen die gute Infrastruktur (die wir mit unseren Steuern für die Wirtschaft mitfinanziert haben), die tiefen Steuern der Unternehmen, die gute Berufsbildung, die Arbeitsethik, die Vertragspartnerbeziehungen (sofern die Unternehmen diese nicht leichtfertig zerstören), die geringe Abhängigkeit von der Massenproduktion von Konsumgütern, der Kapitalreichtum mit tiefen Zinsen.

Wenn im übrigen die Konkurrenzfähigkeit mittels Lohnangleichung an die Zustände in Korea, Hongkong usw. herzustellen wäre, dann müsste man ja nicht um 5 oder 10% günstiger werden, sondern um 80 bis 90%. Zu den erwähnten Faktoren internationaler Konkurrenzfähigkeit tritt gerade in bezug auf Drittweltländer noch die technische Spezialisierung unserer Produkte. Beispielsweise hat die Schweiz in den meisten Jahren eine positive (d. h. zu unseren Gunsten überschüssige) Textilhandelsbilanz mit Südostasien: wir liefern die wertintensiveren Stoffe und damit frankenmässig mehr, als wir an billigen Waren beziehen.

Die Initiative schafft keine Arbeitsplätze:

«Die Initiative wird zu Einsparungen, allenfalls – wegen teurer Produktion – zu Entlassungen führen, keinesfalls aber zu Mehreinstellungen.»

Antwort: Das Argument, statt Einstellungen würden Entlassungen eintreten, wird im obigen Abschnitt widerlegt. Denn die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz liegt in anderen Faktoren begründet und bleibt erhalten, gerade weil die Arbeitszeitverkürzungen langsam und schrittweise erfolgen. Die Firmen können sich heute schon, also Jahre vorher, darauf einstellen. Andere bringen ein diesen Einwänden widersprechendes Argument, nämlich dass die Verkürzungsschritte zu klein seien, um wirklich neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Dem ist entgegenzuhalten, dass im Dienstleistungssektor und auch im öffentlichen Dienst doch einige nicht weiter zu rationalisierende Tätigkeiten bestehen, so dass kürzere Arbeitszeiten zur Schaffung neuer Stellen beitragen.

In der produzierenden Industrie herrscht seit Jahren ein teils schleicher Arbeitsplatzabbau durch Nichtersatz pensionierter oder sonst ausgeschiedener Arbeitskräfte, teils eine offene Entlassungspolitik. Diese Tendenzen werden gerade im Einführungsbereich neuer Techniken noch Jahre weitergehen. Jeder Beitrag, die Arbeit auf mehr Hände zu verteilen und weniger lange zu arbeiten, wird daher den Druck mindern und mehr Leute als ohne Zeitmassnahme im aktiven Berufsleben erhalten können. Wenn beispielsweise die Arbeitszeitverkürzung von 43 auf 40 Stunden insgesamt 7% ausmacht, so ist das doch eine spürbare Reduktion auf die Länge und entspricht der Arbeitszeit von weit über 100 000 Vollarbeitskräften.

Die Gewerkschaft Bau und Holz hat ausgerechnet, dass die 40-Stunden-Woche im Baugewerbe 14 800 neue Stellen und in der Holz- und Möbelindustrie weitere 5000 Stellen bringen wird.

Andere Formen von individueller Arbeitszeitverkürzung sind verlockender:

«Wer weniger arbeiten will, kann das mit Teilzeitarbeit schon heute tun. Dann braucht man das nicht allen aufzuzwingen.» – «Die Gewerkschaften sind konservativ und anerkennen diese neuen Wünsche nicht.»

Antwort: Aufgezwungen wird doch heute jedem die lange Arbeitszeit, so dass man nicht mit «Zwang» operieren kann, wenn sie verkürzt werden soll.

Teilzeitarbeit ist eine Form der Arbeitszeitverkürzung, die auf jeden Fall mit Lohnkürzung verbunden ist. Ferner kann nicht jedermann/jedefrau einfach auf diesen Weg verwiesen werden, weil Einbussen auch an Karriere oder Arbeitsplatzsicherheit damit verbunden sein können.

Die Teilzeitarbeit ist nicht nur verlockend. Denn heute wird sie oft weniger von den Beschäftigten freiwillig gewählt, als eben vom Unternehmen verfügt. Die sogenannte «kapazitäts- und auftragsorientierte Arbeitszeit» bedeutet, dass der Unternehmer am liebsten seine Arbeitskräfte nicht mehr fest anstellen, sondern je nach Arbeitsanfall abrufen möchte. Damit trüge der Beschäftigte das Unternehmerrisiko, ohne Mitsprache oder Beteiligung am Unternehmen.

Die Gewerkschaften haben den Wunsch nach Teilzeitarbeit ernst zu nehmen und die Gesamtarbeitsverträge so zu gestalten, dass sie möglich, aber nicht gegen die Beschäftigten verwendbar ist. Dazu gehören die Auslösung und Beendigung der Teilzeitarbeit durch den Beschäftigten, die Garantie anteiliger Sicherung was Ferien, Sozialeinrichtungen und Altersvorsorge betrifft sowie die Mitbestimmung im Unternehmen, dass damit nicht einfach Ganzarbeitsplätze aufgehoben werden.

Arbeitszeitverkürzung geht auch ohne Initiative:

«Warum alles mit Initiativen regeln? Man kann doch miteinander reden.»

Antwort: Zumindest in dieser Frage eben nicht. Denn als der SGB-Kongress 1975 die damalige, nicht von ihm lancierte Initiative beriet, machten die Arbeitgeber Zusicherungen für die kommenden Verträge, die nicht eingehalten wurden. Angesichts der heute nunmehr kategorischen Weigerung vieler Unternehmer, über Arbeitszeitverkürzung überhaupt zu sprechen, greifen wir zum Gesetz. Bis die Initiative zur Abstimmung kommt, können ohne weiteres gesamtarbeitsvertragliche Fortschritte ausgehandelt werden, wenn dazu der Wille auf Unternehmerseite da ist. Die Initiative zieht dann einfach die zurückgebliebenen Sektoren nach, wie es heute die Ferieninitiative tut.

Noch einige weitere Fragen, die unweigerlich kommen:

«Können wir das soziale Netz mit weniger Arbeit weiterhin finanzieren?»

Antwort: Weniger Arbeitszeit im Rhythmus der Produktivitätssteigerung bedeutet, dass der Kuchen mindestens gleich gross bleibt. Die Leistungen der AHV sind an den Teuerungsausgleich und an die Hälfte der Reallohnsteigerungen gekoppelt. Nehmen die Reallöhne also wegen Bevorzugung von Arbeitszeitverkürzungen nicht mehr rasch zu, wachsen auch die AHV-Ausgaben nicht. Da kaum anzunehmen ist, dass alle Produktivitätszunahmen restlos in Arbeitszeitverkürzungen umgesetzt werden, reicht ein kleiner Reallohnzuwachs überdies, um die Verschiebung im Verhältnis zwischen aktiver und passiver Bevölkerung in der AHV zu finanzieren. In der zweiten Säule mit dem Kapitaldeckungsverfahren stellt sich das Problem weniger.

Durch Arbeitszeitverkürzungen reduzieren sich auch allfällige Staatsausgaben für Arbeitslose und Kurzarbeit. Denn dies sind ja nur versteckte, aber teure Formen von Arbeitszeitverkürzung. Auch Folgekosten des Wachstums, wie etwa die 2,5 Milliarden für Lärmschutzwände an Strassen, muss der Staat weniger befürchten.

«Schon heute beträgt die <effektive Arbeitszeit> nur noch 37 Stunden, sagen Unternehmer.»

Antwort: Sie ziehen die Krankheiten, die Absenzen und andere unproduktive Stunden von den 43 Wochenstunden ab. Aber das gilt auch für die anderen Länder, wo heute nur noch 40 oder 38 Stunden gearbeitet wird. Dort ist die effektive Arbeitszeit eben bereits nur 34 oder 32 Stunden. Aber abgesehen von diesen Rechenkünsten – gefordert wird dennoch von jedem heute die Präsenzzeit von 43 Stunden.

«Nimmt nicht die Überzeit überhand?»

Antwort: Da können wir Gewerkschafter gerade heraus erklären: Die Vierzigstundenwoche ist für uns keine Methode, durch Überzeitschläge verkappte Lohnerhöhungen herauszuholen. Sondern wir meinen es ernst. Nur Firmen, die wirkliche und unvorhersehbare Auftragsstösse erleben, werden Überzeit verlangen dürfen.

«Reisst nicht die Schwarzarbeit ein?»

Antwort: Bis dank Arbeitszeitverkürzungen jeder neben seiner regulären Arbeit noch einen «Schwarzarbeitsjob» anfinge, müsste diese Reduktion schon viel spürbarer als nur vorerst auf 40 Stunden sein. Die Gewerkschaften bekämpfen übrigens schon heute offene Schwarzarbeit, beispielsweise räumen sie Baustellen aus, auf denen unnötigerweise samstags gearbeitet wird. Dieser Kampf wird sich noch verstärken. Andererseits haben wir nichts dagegen, wenn jeder selber mehr Zeit hat, für sich selbst zu basteln. Wir sind für mehr Freiheit und Spielraum. Wir sind

überzeugt, dass die meisten diesen Spielraum für sich selber, also für Eigenarbeit, und nicht für Arbeit bei anderen und auf Rechnung, brauchen werden. Das Material, das dabei benutzt wird, bringt anderen trotzdem Arbeit und Verdienst.

«Die Leute wissen mit mehr Freizeit nichts anzufangen.»

Antwort: Es sind immer «die anderen», die scheinbar nichts mit Freizeit anzufangen wissen! Man trifft nie Leute, die sagen, es sei ihnen so richtig langweilig. Es ist für uns im Prinzip die Sache jedes einzelnen, wie er die Freizeit verbringt. Wenn Auswüchse eintreten, wenn Alpen von Autos überschwemmt, wenn zuviel Energie verbraucht würde, wäre das eine Sache für übliche gesetzliche Regelungen. Aber innerhalb der Gesetze ist jeder frei. Im übrigen wäre es ein Armutszeugnis, wenn wir uns nur aus schöpferischem Mangel freiwillig zu langen Arbeitszeiten verknurrten. Da müsste man im Gegenteil profitfreie, engagierte Einübung in freie Zeit fordern und fördern. Die Arbeiterkulturbewegung hat dies seit Jahrzehnten im Programm.

Wenn im weiteren die Realeinkommen nicht mehr stark zunehmen, weil wir die wirtschaftlichen Früchte durch Freizeit geniessen, ist auch nicht mehr Geld vorhanden, um sinnlos verpufft zu werden. Das Sinn-Problem der Freizeit würde sich im Gegenteil bei verlängertem heutigem Trend ohne Arbeitszeitverkürzung stellen.

«Die Schweiz hat keine Rohstoffe. Da heisst es eben, mehr zu arbeiten.»

Antwort: Diese Feststellung ist schlicht falsch, obwohl sie zum nationalen Mythos geworden ist. Wenn wir Rohstoffe hätten – Kohle, Erdöl, Metalle – dann müssten wir enorme Arbeit darauf verwenden, sie aus dem Boden zu graben. Während die Länder mit entsprechenden Vorkommen dies tun müssen, schaffen wir Werte durch die Verarbeitung anderswo gewonnener Rohstoffe. Es kommt auf diese Wertschöpfung an, und die ist in der Schweiz, wie gesagt, pro Arbeitsstunde mit Fr. 15.17 1981 am höchsten. Die Rohstoffpreise schwanken überdies sehr heftig im Laufe der Jahre. Länder wie Belgien, Australien, Kanada oder Südafrika, ganz abgesehen von den nur Rohstoffe besitzenden Drittweltländern, könnten ein Lied davon singen, wie sie diese Preisschwankungen belasten. Die Schweiz profitiert davon und kauft jeweils günstig ein. Es gilt also der umgekehrte Satz: Wären wir ein Rohstoffland, müssten wir länger arbeiten, um Industrieprodukte kaufen zu können!

Es ist auch auf die Notwendigkeit *internationaler Solidarität* hinzuweisen, indem die Schweizer Arbeiter in einer Welt ohne genügend Arbeit nicht die anderen durch zuviel Arbeitsstunden ausstechen sollten. Auch sind in den meisten anderen Industrieländern erneute Bestrebungen im Gange, die Arbeitszeit markant unter 40 Stunden zu senken, so dass wir auch damit noch im Rückstand blieben.